



Niederschrift

83. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.02.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:10 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Herr Dr. Gunold, Klaus-Uwe	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	
Herr Mühlberg, Andreas	SPD	
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Cornelius, Wolfgang	CDU	
Herr Heinzel, Horst	CDU	
Herr Schröder, Michael	CDU	
Herr Schüler, Peter	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Bankwitz, Ute	BürgerBündnis/FDP	ab 17:40 Uhr
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	

Nicht anwesend sind:

Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Paulsen, Bettina	CDU	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	entschuldigt

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau Fischer, GB 2
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Münchehofe, Gutachter
Frau Dr. Sommer, Bereich Marketing und Kommunikation_
Herr Frerichs, Bereich Wirtschaftsförderung
Herr Richter, KIS
Frau Ewers, FB Schule und Sport
Herr Hadlich, Büro des Oberbürgermeisters
Frau Ziegenbein, Schriftführerin

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 30.01.2008
- 2 Externe Stellenbesetzung der Stelle 490 000 01 "Fachbereichsleiter/In Stadterneuerung und Denkmalpflege"
Vorlage: 08/SVV/0094
Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement
- 3 Themenjahr 2009
Vorlage: 07/SVV/0688
Fraktion Grüne/B90
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Bericht über das Gutachten zur Feststellung des ortüblichen Entgeltes für Erholungsgärten
Vorlage: 07/SVV/1101
Oberbürgermeister, KIS
- 4.2 Konzeptionelle Vorstellungen zur Einführung des kostenlosen Schulessens
- 4.3 Ergebnis der Prüfung des Antrages 07/SVV/0828 "soccerworld"
Vorlage: 08/SVV/0087
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung
- 4.4 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Bestätigung des Protokolls vom 30.01.2008

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest (zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder des Hauptausschusses anwesend).

Bezüglich der Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, unter dem Tagesordnungspunkt „Mitteilungen der Verwaltung“ eine Information zum Museumsstandort aufzunehmen. Gegen die vorgeschlagene Erweiterung der Tagesordnung erhebt sich kein Widerspruch; die so geänderte Tagesordnung wird bestätigt.

Zum Protokoll des öffentlichen Teils der 82. Sitzung vom 30.01.2008 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; das Protokoll wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 Externe Stellenbesetzung der Stelle 490 000 01 "Fachbereichsleiter/In Stadterneuerung und Denkmalpflege"

Vorlage: 08/SVV/0094

Oberbürgermeister, Servicebereich Verwaltungsmanagement

Der Hauptausschuss beschließt:

Die Stelle 490 000 01 „Fachbereichsleiter/In Stadterneuerung und Denkmalpflege“ wird zur externen Besetzung, befristet für 4 Jahre, parallel extern und intern, ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen.

zu 3 Themenjahr 2009

Vorlage: 07/SVV/0688

Fraktion Grüne/B90

Der Oberbürgermeister verweist auf die vom Ausschuss für Kultur gegebene Empfehlung eines Gesprächs mit dem Bereich Marketing. Dies sei erfolgt und im Ergebnis stimme die Verwaltung diesem Vorschlag zu.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Thema für das Jahr 2009 „Die konstruktive Kraft des Bürgerwillens“ einzusetzen.

Er wird ebenfalls beauftragt, im Gespräch mit den zuständigen Stellen eine Themenübereinstimmung auf Landesebene herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Bericht über das Gutachten zur Feststellung des ortüblichen Entgeltes für Erholungsgärten

Vorlage: 07/SVV/1101

Oberbürgermeister, KIS

Herr Exner erläutert den Sachstand und unterbreitet einen Vorschlag zum weiteren Verfahren, der dem Protokoll als Anlage beigefügt wird. Auf Nachfrage von Herrn Schröder bestätigt er, dass darin auch eine Unterscheidung in bebaute und unbebaute Grundstücke enthalten sei. Gegen den Vorschlag der Verwaltung erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dr. Scharfenberg betont in seinen Ausführungen, dass der „Potsdam-Bezug“ im Gutachten in den Mittelpunkt zu stellen sei. Das vorgeschlagene Verfahren sei überschaubar zu gestalten und finde seine Zustimmung. Besondere Bedeutung komme den Altverträgen zu, damit diese Pächter nicht von den Grundstücken

verdrängt werden. Er bittet, über den Stand der Umsetzung des Verfahrens zu berichten und dieses zügig bis Mitte des Jahres abzuschließen.

zu 4.2 **Konzeptionelle Vorstellungen zur Einführung des kostenlosen Schulessens**

Frau Fischer führt aus, dass entsprechend des Auftrages der Stadtverordnetenversammlung und ausgehend von der gesetzlichen Regelung im Land Brandenburg verschiedene Modelle anderer Bundesländer und einzelner Kommunen in Brandenburg geprüft wurden. Im Weiteren wurden alle 36 Schulleiter mittels Fragebogen zur Anzahl der ihnen als „bedürftig“ bekannten Kinder, zur Anzahl der davon zu erwartenden Essensteilnehmer und zur Anzahl der Kinder befragt, die sich auch kein bezuschusstes Essen leisten können, wovon 25 geantwortet hätten.

Auf verschiedene Modelle eingehend erläutert sie die Regelungen Rheinland-Pfalz, Erkner, Brandenburg, Berlin und Jüterbog.

Daraus ableitend seien drei Modelle für die Stadt möglich und zu diskutieren:

Variante 1 - Die Eltern der bedürftigen Schülerinnen und Schüler leisten wie bisher selbst einen Beitrag zum Schulessen in Höhe von 1 € pro Essen.

Variante 2 – entspricht dem Modell 1, ergänzt durch eine Härtefallregelung.

Variante 3 - Das Mittagessen ist für alle bedürftigen Schülerinnen und Schüler kostenlos, was die Stadt rund 600 T€ kosten werde.

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf den haushaltsbegleitenden Beschluss, mit dem von der Fraktion DIE LINKE beantragten Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Vorbereitung auf die Erarbeitung des Haushaltes 2008 eine Regelung zu treffen, die bedürftigen, sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern, die eine Schule in Trägerschaft der Landeshauptstadt Potsdam besuchen, die kostenfreie Teilnahme an der Mittagversorgung ermöglicht. Die Regelung tritt, vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Schuljahr 2008, zum Schuljahr 2008/2009 in Kraft.

Das entspreche der von Frau Fischer genannten Variante 3, die mit einer unbürokratische Härtefallregelung zu verknüpfen sei.

Der Oberbürgermeister betont, dass jetzt verschiedene Modelle vorgestellt wurden, die dann gemeinsam mit dem Haushalt auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen, Wirksamkeit und Zielgerichtetheit zu diskutieren seien. Deshalb ist die jetzige Information als Zwischenbericht zu verstehen.

Herr Schubert bittet darum, die vorgestellten Varianten den Fraktionen als Grundlage der Diskussion schriftlich auszureichen. Im Weiteren sei es unbedingt notwendig, den Begriff „besonders bedürftig“ genauer zu definieren. Dem entgegnet Herr Dr. Scharfenberg, dass die Fassung des Antrages der Fraktion DIE LINKE, die vom Ausschuss für Finanzen zur Abstimmung empfohlen wurde, noch einmal modifiziert und statt „besonders bedürftige Schülerinnen und Schüler“ die Formulierung „sozial benachteiligte Schülerinnen und Schüler“ abgestimmt worden sei. Herr Schubert weist auf die mangelnde Eindeutigkeit des beschlossenen Antrags-textes hin, letztendlich müsse die Stadtverordnetenversammlung jetzt die Entscheidung treffen, welcher Intention gefolgt werden solle.

Frau Dr. Schröter bittet, die Fragen und Ergebnissen der Befragung der Schulleiter kurz vorzustellen, was durch Frau Fischer erfolgt. Gleichzeitig betont sie, dass die Ergebnisse unter dem Aspekt eines hohen subjektiven Faktors zu betrachten seien.

Frau Dr. Müller meint, dass das Argument „unbürokratisch“ starke Beachtung finden müsse, denn gerade die jetzige Bürokratie sei wohl der Grund dafür, dass bisherige Angebote nur eingeschränkt genutzt werden. Dass nicht alle Schulleiter an der Befragung teilgenommen haben, stimme sie nachdenklich und sie empfiehlt, die Gründe zu hinterfragen. Im Weiteren sollte die soziale Bedürftigkeit bei Kindern Grundlage der Überlegungen sein und nicht die Einschränkung der besonderen Bedürftigkeit.

Herr Heinzel führt aus, dass ein gewisses Maß an Bürokratie vorprogrammiert sei, wenn eine Auswahl stattfinden solle. Deshalb sei der Antrag der Fraktion CDU, ein kostenloses Mittagessen für alle 1. Klassen, die unbürokratischste Variante.

Der Oberbürgermeister verweist abschließend darauf, dass sich ja auch andere Städte mit dem Thema befassen und empfiehlt, diesbezüglich „über den Tellerand“ hinauszugucken. Der Bericht sollte als Zwischenstand zur Kenntnis genommen und als Grundlage der weiteren Diskussion die Synopse durch Frau Fischer ausgereicht werden. Die Bestrebungen nach einer unbürokratischen Verfahrensweise seien nachvollziehbar, aber das höre sich manchmal auch einfacher an als es ist, denn verwaltungstechnisch müsse das „sauber über die Bühne“. Er sagt eine rechtzeitige Information zu, welche Varianten favorisiert werden.

zu 4.3 Ergebnis der Prüfung des Antrages 07/SVV/0828 "soccerworld"

Vorlage: 08/SVV/0087

Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Bericht aus der Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsbürgermeistern

Herr Hadlich informiert, dass im Rahmen der o.g. Beratung der Flächennutzungsplan noch einmal kurz andiskutiert worden sei. Anschließend sei die Beratung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen erfolgt, zu der auch die Ortsbürgermeister eingeladen wurden. Im Weiteren habe der Bericht über die Ortsteile eine Rolle gespielt und sei nach Ortsteilen gesplittet ausgereicht worden. Dieser Bericht stehe auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung. Ebenfalls Thema sei der ÖPNV und hier speziell alternative Bedienformen (Rufbus) erläutert worden, verbunden mit der Ankündigung, dies mit den Ortsbürgermeistern diskutieren zu wollen.

neu Museumsstandort

Der Oberbürgermeister berichtet, dass die Verhandlungen zum Brockeschen Haus beendet seien, da vor dem Hintergrund des Urteils des OLG Düsseldorf ein erhebliches finanzielles Risiko für den Investor bestehe, was von diesem ebenso eingeschätzt, aber auch bedauert werde. Nun sei eine Sanierung entsprechend den städtebaulichen Sanierungszielen geplant.

Vor diesem Hintergrund sei die Umsetzung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom Dezember nicht mehr möglich und die Frage zu beantworten, wie damit umzugehen sei. Da das Brockesche Haus nicht mehr zur Verfügung stehe, könne es jetzt nur das Alte Rathaus sein. Er bittet die Fraktionen, sich zum weiteren Verfahren zu äußern, um für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März 2008 entsprechende Vorbereitungen treffen zu können. Dass die Entscheidung gefallen sei und nun Klarheit bestehe, so Frau Bankwitz, finde sie gut. Positiv sei auch, dass sich beide Seiten dazu abgestimmt hätten

und nun sollte zügig und ohne Zeitverlust die Variante Altes Rathaus vorangetrieben werden. Herr Schubert merkt an, dass 2 Standorte geprüft wurden; nun stehe einer nicht mehr zur Verfügung und somit sei der zweite Standort zügig zu bearbeiten und für die Beschlussfassung in der StVV vorzubereiten, um Planungssicherheit herbeizuführen. Einigkeit herrsche seiner Meinung nach darüber, dass eine europaweite Ausschreibung nicht gewollt sei.

Herr Dr. Scharfenberg sieht keinen Automatismus darin, dass durch den Wegfall der Variante Brockesches Haus das Alte Rathaus zwingend der neue Standort sein müsse. Seine Fraktion wolle ebenfalls eine schnelle Lösung, trotzdem sei eine Verständigung in der am Montag stattfindenden Fraktionssitzung vorgesehen, da es nach wie vor Bedenken gebe, das Alte Rathaus durch das „Potsdam Forum“ und das Museum zu nutzen.

Der Oberbürgermeister stellt abschließend fest, dass für die März-Sitzung der StVV eine Beschlussvorlage vorbereitet werde, die das Alte Rathaus als Museumsstandort beinhalte. Klar sei, dass es noch offene Fragen und Klärungspunkte gibt; trotzdem halte er es für möglich, in der März-Sitzung einen Beschluss herbeizuführen zu können. Zu bedenken sei, dass es ein enges zeitliches Konzept bezüglich des Einsatzes der Hauptstadtmittel gebe und mit der Beauftragung der Planung begonnen werden müsse. Erste Aufträge habe es bereits zur Fassadensanierung gegeben.

neu Schulwegsicherung Kurfürstenstraße

Frau E. Müller informiert, dass ein offizielles Anhörungsverfahren eingeleitet und die Elterninitiative entsprechend informiert wurde. Die Forderungen werden jetzt geprüft und in ca. 6 Wochen werde die Verwaltung unaufgefordert über die Ergebnisse berichten.

Frau Dr. Müller fragt nach, ob alle Forderungen der Initiative geprüft werden. Dies bestätigt Frau E. Müller und führt aus, dass es bei nicht umsetzbaren Forderungen entsprechende Stellungnahmen geben werde.

zu 5 Sonstiges

Herr Dr. Scharfenberg bittet um einen kurzen Zwischenstand zur Umsetzung der Aufträge aus der letzten Hauptausschusssitzung bezüglich der zukünftigen **Bewirtschaftung des Areals Luftschiffhafen**. Er bittet, die Stadtwerke Potsdam als möglichen Träger in die Prüfung mit aufzunehmen, denn dies habe er in der letzten Aufsichtsratssitzung der Stadtwerke bereits vorgeschlagen.

Frau Fischer verweist auf ihre bereits in der letzten Sitzung geäußerten Bedenken, dass die Zeit für eine umfängliche Prüfung sehr kurz sei. Leistbar sei auf jeden Fall der geforderte Bericht des Regiebetriebes. Im Weiteren habe der Sportbund die auf dem Gelände ansässigen Sportvereine eingeladen und man habe sich auf sieben Punkte geeinigt, die von einem zukünftigen Betreiber erwartet werden.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach der **Finanzierung des „Kaiser-Friedrich-Blicks“**, zu der es unterschiedliche Angaben bezüglich der Kosten gebe. Außerdem meine er, dass derartige Dinge nicht unbedingt zum Aufgabenbereich der Stadtwerke gehören.

Herr Schubert verweist darauf, dass es diesbezüglich einen Beschluss der StVV vom 10.10.07 mit der DS 07/SVV/0707 gebe und die Stadtwerke Grundstückseigentümer seien.

Ein weiteres Anliegen, so Herr Dr. Scharfenberg beziehe sich auf die aktuellen Berichterstattungen bezüglich der **Biosphäre**, zu der in einer der nächsten Sit-

zungen ein aktueller Sachstand gegeben werden sollte.

Herr Heinzel fragt nach, ob es zu der Problematik der **sittenwidrigen Landnahme** in Brandenburg auch Fälle in der Stadt Potsdam gegeben habe. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass dazu derzeit recherchiert werde und er davon ausgehe, dass das eher die Ortsteile betreffen könnte. Eine Information dazu sagt er für die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu.

Frau Dr. Müller bezieht ihre Nachfrage auf den aktuellen Stand der **Besetzung der Stelle des Werkleiters des KIS**, da der Bewerbungsschluss bereits der 31.10. 2007 gewesen sei. Herr Exner entgegnet, dass eine entsprechende Beschlussvorlage für die April-Sitzung der StVV vorbereitet werde.

Im Weiteren fragt Frau Dr. Müller nach dem Stand der **Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereiches Zentrale Steuerung und Service** zu der bis Ende November die Angebote abgegeben und nach Aussage von Herrn Exner noch 2007 der Zuschlag erteilt werden sollte.

Herr Exner betont, dass diese „zeitliche Ideallinie“ nicht gehalten werden konnte, die Angebote bis Ende Januar 08 eingegangen seien und derzeit mit dem Bereich Oberbürgermeister abgestimmt werden. Er macht darauf aufmerksam, dass sein Bereich durch den Jahresabschluss und andere Maßnahmen stark beansprucht sei, was eine gleichzeitige Bearbeitung erschwere.

Der Oberbürgermeister sagt für die nächste Sitzung des Hauptausschusses zu, einen diesbezüglichen Ablaufplan auszureichen.

Frau Dr. Schröter fragt nach den Konditionen für die Bereitstellung der Räume für die Initiative „Mitteschön“. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass er dies derzeit noch nicht sagen könne, da man sich mit der Initiative erst einigen müsse.